

# Initiative überreicht Petition an Bischofskonferenz

Gegner von Windenergieanlagen auf dem Wackerberg wollen eine Verpachtung des Olefer Kirchenwalds verhindern



*Vor Kloster Steinfeld, in dem die Deutsche Bischofskonferenz tagt, demonstrierte die Interessengemeinschaft gegen einen Windpark im Olefer Kirchenwald.  
(Fotos: Christoph Heup)*

*VON STEFAN LIESER UND CHRISTOPH HEUP, Kölnische Rundschau •  
13.03.2025*

**KALL-STEINFELD/OLEF-** Die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) ist mit dem Widerstand der Bürgerinitiative „Windpark Wackerberg“ konfrontiert worden. Vertreter überreichten eine Petition gegen die Verpachtung von Wald auf dem Wackerberg, der im Eigentum der Kirchengemeinde Olef ist.

Nach einer eineinhalbstündigen Mahnwache am Proteststand vor dem Zugang zum Gelände von Kloster Steinfeld überreichte die Bürgerinitiative am Dienstag eine Petition an die Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Beate Gilles. Die Initiative „Windpark Wackerberg“ sucht die mit der Frühjahrsvollversammlung verbundene mediale Öffentlichkeit, um auf einen aus ihrer Sicht sich abzeichnenden Missstand hinzuweisen. Es geht um die bislang nicht dementierten Überlegungen der Kirchengemeinde Olef, Flächen ihres rund 450 Hektar großen Waldbesitzes auf dem Wackerberg an einen Projektierer von Windparkanlagen zu verpachten und so mutmaßlich sechsstelligen Einnahmen pro Jahr zu generieren.

Derzeit, so Manfred Kanzler, Initiator des Widerstands gegen derartige Pläne, stagnierten die Gespräche zwischen den Widerständlern und Olefs Pfarrer Thomas Schlütter, um mögliche Verpachtungen zu stoppen. Zudem habe es auch vom Bistum Aachen zum Thema bislang keine Stellungnahme gegeben.

Der Widerstand der Initiative findet vor einem aktuellen Hintergrund statt: Derzeit wird bei den Kommunen im Kreis Euskirchen der Teilplan Erneuerbare Energien des nächsten Regionalplanentwurfs besprochen, und es werden Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange nach den entsprechenden Beschlüssen der Kommunalparlamente in den Rathäusern verfasst. Der strittige Kirchenwald ist Teil des Wackerbergs. Dort sind neben der Kirchengemeinde Olef auch die Arenbergische Forstverwaltung und die Gemeinde Kall Eigentümer. Mögliche Windkraftpotenzialflächen befinden sich auf Flächen aller drei Eigentümer.

Für die Gemeinde Kall, so Bürgermeister Hermann-Josef Esser, sei der Gemeinderatsbeschluss in der Angelegenheit eindeutig: „Wir lehnen hier, wie auch für alle anderen Potenzialflächen im Gemeindegebiet, das so genannte beschleunigte Genehmigungsverfahren mit verkürzter Prüfung, etwa auf artenschutzrechtliche Belange, ab. Wir wollen eine ausführliche Prüfung.“

Aus Sicht von Manfred Kanzler ist es aber damit nicht getan: Seine Initiative kann auf eine von bisher 1094 Bürgern unterschriebene Petition verweisen, deren Ziel es ist, dass die Kirchengemeinde Olef für ihren Teil des Waldbesitzes auf dem Wackerberg grundsätzlich auf jegliche Verpachtung verzichtet. Kanzler deutlich: „Bisher ist es der Kirchengemeinde offenbar völlig egal, ob die Natur hier vor die Hunde geht. Die wollen ihre Pachteinnahmen haben.“

Nach Rücksprache mit Polizei, Ordnungsamt der Gemeinde Kall und den Organisatoren der Deutschen Bischofskonferenz konnten Kanzler, Irene Hugo, Stephanie Tiede und Dietmar Schwalm ihre Petition gegen den Windpark im Kloster an Beate Gilles, die Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz überreichen.

Ein 15-minütiges Gespräch folgte. Manfred Kanzler erläuterte dabei die Problematik und machte deutlich, dass die Bürger, die unterschrieben haben, die katholische Kirche als Institution im Hinblick auf den Schutz der Natur, aber auch den Schutz vor Hochwasser, in der Mitverantwortung sähen. Für die Initiative forderte er die Bischofskonferenz auf, auf die Kirchengemeinde Olef einzuwirken und sich so für den Schutz des Olefer Kirchenwalds starkzumachen. Dieser dürfe nicht aus finanziellen Gründen einem Windpark geopfert werden.

Beate Gilles nahm das Material der Bürgerinitiative entgegen, machte aber deutlich, dass es nicht Aufgabe der Deutschen Bischofskonferenz sei, sich in einem derartigen regionalen Thema zu positionieren. Sie werde es an die zuständige Stelle weiterreichen. Die Initiative dürfe aber nicht erwarten, dass ein Bischof von oben herab in Entscheidungen eingreife, die gemeinschaftlich vor Ort angestoßen und getroffen werden müssten.

Gilles bezeichnete es zudem als sehr problematisch, dass die Initiative mit ihrer plakativen Warnung vor einem „Missbrauch 2.0 – die Versündigung an der Natur“ explizit ein regionales Streitthema auf eine Stufe mit der Aufarbeitung eines systemischen Missbrauchs in der katholischen Kirche setze. Gilles: „Ich halte einen solchen Vergleich für gefährlich.“

Auch Kalls Bürgermeister Esser kritisiert diesen von der Bürgerinitiative geführten Vergleich scharf: „Das finde ich unerträglich! Das sind zwei völlig unterschiedliche Welten.“ Das Leid der durch sexuellen Missbrauch Betroffenen sei in keiner Weise zu vergleichen mit den mutmaßlichen Folgen der Aufstellung einer Windkraftanlage im Wald. Den Begriff „Missbrauch 2.0.“ lehne er entschieden ab.



*Übergaben eine Petition an Beate Gilles (2.v.r.), die Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz: Dietmar Schwalm (v.l.), Stephanie Tiede, Manfred Kanzler und Irene Hugo. (Fotos: Christoph Heup)*

Man könne aber sehr wohl das Pro und Contra von Windkraftanlagen auf dem Wackerberg diskutieren und werde das auch tun, so Esser weiter. Hier aber die Bischofskonferenz in die Verantwortung zu nehmen, sei falsch. Zudem bestehe seines Wissens in der Sache nach kein Weisungsrecht seitens des Bistums Aachen gegenüber der Kirchengemeinde Olef. Der strittige Kirchenwald sei ein Geschenk des aus Olef stammenden Industriellen Inden an seine Heimatpfarrei. Juristisch gesehen handelt es sich um einen Privatwald.

Esser hält auch ein von der Initiative befürchtetes erhöhtes Hochwasserrisiko durch den Bau von Windkraftanlagen auf dafür gerodeten Flächen für unbegründet. Geschehe der Bau etwa auf Borkenkäferbrachflächen oder Windwurfflächen und sei mit Wiederaufforstungen verbunden, könne seiner Einschätzung nach davon keine Rede sein. Zudem sei es falsch, wie von Manfred Kanzler behauptet werde, von Tonnen Beton zu sprechen, die nach einem Rückbau einer Windkraftanlage als Fundament im Boden verblieben. „Dafür gibt es mit Bankbürgschaften abgesicherte Verpflichtungen der Betreiber für den kompletten Rückbau“, so Esser.

In Olef selbst, so Manfred Kanzler, wachse unterdessen der Missmut über die möglichen Verpachtungspläne der Kirchengemeinde. Als Ergebnis der Überreichung seiner Petition an die Deutsche Bischofskonferenz weiß er nun: Dieses Problem muss vor Ort gelöst werden.